

BLICKPUNKT NEUKÖLLN



Seite 2-3

Kampf gegen Clan-Kriminalität
Neukölln als Vorbild im Bund

Seite 4

Neukölln erblüht
Neues Clubhaus und neues
Hospizzentrum

Seite 5

„Es geht nicht um Zöpfe“
Im Interview mit Jugend-
stadtrat Falko Liecke



Er ist's

Frühling lässt sein blaues Band
Wieder flattern durch die Lüfte;
Süße, wohlbekannte Düfte
Streifen ahnungsvoll das Land.
Veilchen träumen schon,
Wollen balde kommen.
– Horch, von fern ein leiser Harfenton!
Frühling, ja du bist's!
Dich hab' ich vernommen!

Eduard Mörike

Neukölln, ja wir sind's!

Liebe Neuköllnerinnen und Neuköllner,

gemeinsam mit Ihnen freue ich mich, dass unser Bezirk nach und nach erstrahlt. Dass die Tage wieder länger und die Temperaturen wieder lauer werden, hilft dabei. Doch nicht allein der Frühling ist's, der unseren Bezirk so besonders reizvoll für Mensch und Natur macht.

Ahnungsvoll durchs Land schwirren allseits und allerorts auch meine CDU-Fraktionskollegen. Raus aus dem Saal des Bezirksparlaments. Rein ins Neuköllner Leben. In Kitas und Schulen. In Ämter und Behörden. In Vereine und Firmen. Dafür bewegen sie sich zwar selten flatternd durch die Lüfte. Schließlich lieben wir Christdemokraten bekanntlich die Bodenständigkeit. Und damit nicht nur die (pünktliche) BVG oder wenn die U7 überpünktlich wieder durchfährt. Wir lieben es auch, wenn diese und andere Nahverkehrslinien bezirksübergreifend funktionieren, wenn Anwohner für marode Straßen nicht Lichtjahre später für den Ausbau geschöpft werden, wenn kriminellen Clans nicht der kurze, aber dafür ein kurzer und zeitnaher Prozess gemacht wird, wenn dafür genügend gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizisten und Polizistinnen und Richter gerne ihren Dienst tun, die nach der Arbeit heile zu Hause ankommen, wenn sie dort auf ihre zufriedenen Kinder treffen, die von fair bezahlten Erziehern und Lehrern in mobbingfreien Einrichtungen betreut werden.

Veilchen träumen schon, meinen Sie? – Mitnichten!

Alles Themen, die nicht nur balde kommen wollen, sondern die längst da sind. In diesem Heft stehen. Und auf unseren Tagesordnungen. In den Ausschüssen. In unserem Bezirksparlament. Dort, im Rathaus Neukölln, wo zwar nicht die Harfen läuten, sondern allein Telefone und Sitzungsklingeltöne. Doch neben all dem Handfesten, das wir zu bieten haben, wollen ja auch wir noch träumen. So wie Mörikes Veilchen.

Neukölln – wir haben Dich vernommen! Knüpfen längst unsere breiten Bande. Gegen Banden. Gegen süße, wohlbekannte (Shisha- & Drogen)-Düfte. Für mehr Streifen durch das Land. Für mehr Blumen, Blüten und Bäume – kurz für mehr Grün – rings um mehr bezahlbare Wohnungen.

Neukölln, ja wir sind's –
die CDU-Fraktion!

Gerrit Kringel
Ihr Gerrit Kringel



Er ist's:
Gerrit Kringel,
CDU-Fraktions-
vorsitzender

Clan- Kriminalität: Neukölln ist bundesweit Vorbild



Sie ziehen an einem Strang: DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt (r.) und Neuköllns stellv. Bürgermeister Falko Liecke. Quelle: DPoIG

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Diese Gewissheit wurde nicht zuletzt durch die Schüsse auf den stadtbekannten Intensivtäter Nidal R. im Berliner Bezirk Neukölln erneut erschüttert. Mitten am Tag wurde er mit acht Projektilen niedergestreckt und erlag kurz darauf seinen schweren Verletzungen. Das Krankenhaus, in dem er starb, wurde stundenlang von Familienangehörigen und Sympathisanten belagert. Die Attentäter nahmen bei der Tat keine Rücksicht auf unschuldige Kinder und Familien, die in unmittelbarer Nähe an einem Eiswagen am ehemaligen Flughafen Tempelhof anstanden. Jeder Einzelne von ihnen war gefährdet. Jeder hätte Opfer eines Querschlägers oder eines schlecht gezielten Schusses werden können.

Schon wenige Tage nach der Tat wurde das kriminelle Leben des Opfers mit einem heroischen Wandbild am Tatort verherrlicht. In der Pose eines palästinensischen „Widerstandskämpfers“ wurde Nidal R. zum Helden und zum Vorbild für hunderte Jugendliche, die zum Tatort pilgerten. Ein zweifelhaftes Vorbild. Denn der Mord an Nidal R. war nur die Spitze eines

Berges an Straftaten, die bei vielen Clan-Mitgliedern schon im Jugendalter beginnen.

Neuköllns Jugendstadtrat Falko Liecke will die Verantwortlichen im Berliner Senat aufrütteln und legte zusammen mit der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ein Konzept gegen kriminelle Clans vor. Das Ziel: das kriminelle Leben so schwer wie möglich zu machen. Für Liecke spielen dabei das Geld und die Kinder der Clans die zentrale Rolle. Im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt bringt er es so auf den Punkt: „Kohle und Kinder sind die Schwachpunkte krimineller Clans, da müssen wir sie packen. Wenn die Eltern ihre Kinder zu Kriminellen erziehen oder so überfordert sind, dass diese nahezu zwangsläufig in kriminelle Karrieren starten, muss der Staat frühzeitig eingreifen. Außerdem muss konsequent zugegriffen werden, wenn die Mitglieder krimineller Großfamilien Vermögen anhäufen, dessen Herkunft sie nicht erklären können! Wir müssen ihnen die Autos wegnehmen, die Immobilien beschlagnahmen, die Rolex ein-kassieren und die Kinder in Obhut nehmen. Es muss maximal unattraktiv sein, Straftaten zu begehen.“

Neben dem Einzug von Wertsachen und der Beute aus Raubzügen will der Neuköllner Jugendstadtrat also auch an die Kinder der Clans ran. Dabei geht es ihm aber nicht um die Bestrafung der Eltern, sondern um den Kinderschutz: „Wenn die ersten drei Brüder Intensivtäter sind und die Eltern das auch noch unterstützen, ist es die Pflicht des Staates einzugreifen. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, dass auch die Kinder Nummer vier bis sechs zu Schwerverbrechern werden. Und auch die Kinder haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen, ohne von den Clans in die Kriminalität getrieben zu werden. Kein Kind wird kriminell geboren – die Clans machen sie dazu. Da will ich einschreiten.“

Dabei betont Liecke, dass das Elternrecht sehr schwer wiegt. Nur als letztes Mittel dürften Kinder aus Familien genommen werden. Wenn aber Eltern das Abrutschen in die Kriminalität nicht verhindern wollen oder können – es sogar fördern – müssten klare Ansagen her. Um eine

gerichts-feste Grundlage zu erarbeiten, ist Liecke im Gespräch mit Abgeordneten, Richtern und anderen Experten. Er ist überzeugt: „Es wurde viel zu lange weggesehen. Wir müssen jetzt handeln.“

Dabei ist dem Jugendstadtrat aus dem bundesweit bekannten „Problembezirk“ klar:



Schwerverbrecher dürfen nicht glorifiziert werden: Deshalb haben Maler das Konterfei des getöteten Clan-Mitglieds Nidal R. in Absprache mit der Polizei und im Beisein von Jugendstadtrat Falko Liecke mit weißer Farbe überstrichen. Jetzt ist das Bild Geschichte.

ein Clan-Konzept muss weiter gehen, als sich nur um die Kinder krimineller Großfamilien zu kümmern. Es muss die abgestimmte Zusammenarbeit aller Behörden regeln. Ein Vorbild dafür liefert er gleich mit: Die berlinweit einzigartige Arbeitsgruppe gegen Kinder- und Jugendkriminalität in Neukölln ermöglicht den gezielten Datenaustausch zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Schulen, Jugendamt und weiteren Partnern. Schon kurz nach dem Start gilt sie als Erfolgsmodell, das für ganz Berlin übernommen werden soll.

„Um den Clans das Handwerk zu legen reicht es aber nicht aus, wenn Berlin sich bewegt. Wir brauchen eine länderübergreifende Kooperation. Die Clans kennen keine Grenzen und kümmern sich nicht um Zuständigkeiten.“ Mit diesen Sätzen beschreibt Liecke einen weiteren wichtigen Punkt des Clan-Konzeptes, das zusammen mit der CDU Berlin entwickelt wurde. Gerade die stark betroffenen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bremen müssten enger zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Zu Beginn braucht es ein

gemeinsames Lagebild, um die familiären und wirtschaftlichen Verflechtungen der Großfamilien sichtbar zu machen.

Neben der Kommunikationsüberwachung auch von WhatsApp und Messengerdiensten fordert Liecke vor allem, den Datenaustausch zwischen allen Behörden zu stärken: „Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Mir ist vor allem der Sozialleistungsbezug ein Dorn im Auge. Wenn stadtbekanntes Intensivtäter und Clan-Mitglieder mit dem Mercedes S63 AMG am Jobcenter vorfahren, ist das nicht nur ein finanzieller Schaden für unsere Gesellschaft. Der Staat macht sich lächerlich.“ Sein Vorschlag: Sozialbehörden sollen die Leistungen sofort einstellen können, wenn der Verdacht auf Sozialleistungsbetrug besteht.

Ständige Kontrollen von einschlägigen Wettbüros und Shisha-Bars, eine „Sondereinheit Clans“ mit zusätzlichem Personal und die Verwendung von abgeschöpftem Vermögen für die Strafverfolgung oder soziale Projekte sind weitere Maßnahmen, mit denen in Berlin Unruhe unter den Großfamilien gestiftet werden soll. Gerichte und Staatsanwälte sollen die Zuständigkeit bündeln, gezielt Fortbildungen erhalten und so zu Experten werden, die es mit den hochbezahlten Anwälten der kriminellen Clans aufnehmen können. Das Ziel: ihre Geschäfte so schwer wie möglich zu machen.

Gleichzeitig sollen attraktive Angebote zum Ausstieg gemacht werden, die sich insbesondere an Kinder und Jugendliche richten. Wenn die kriminelle Karriere nicht mehr attraktiv erscheint, muss der Staat den ehrlichen Weg in Ausbildung und Beruf anbieten und aktiv fördern. Neuköllns Jugendstadtrat Falko Liecke resümiert: „Jede einzelne dieser Maßnahmen wäre wirkungslos ohne ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen. In der Masse haben wir aber eine Chance, den Clans die Stirn zu bieten und unsere Straßen und Kieze zurück zu erobern.“

Das Wandbild von Nidal R. wurde nach einer Woche vom Eigentümer – dem Berliner Senat – entfernt. Falko Liecke dauerte das zu lange. Er hatte schon eigene Maler in den Startlöchern.

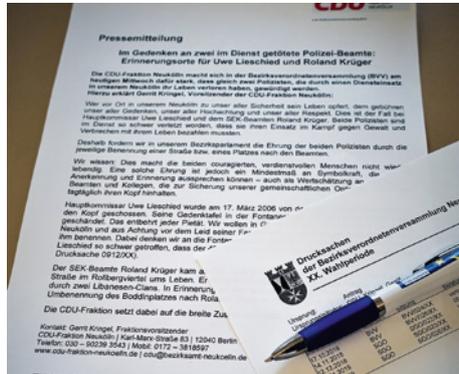
Unterstützung für unsere Schützer Gedenk-Orte für getötete Polizisten

Sie helfen. Sie beschützen. Sie sorgen für Sicherheit. Unsere Polizisten und Polizistinnen. Doch statt dem verdienten Ansehen, Rücksicht und Respekt wird der Polizei immer öfter Missachtung, Beleidigungen und Gewalt entgegengesetzt. Manchmal werden die Beamten im Einsatz sogar selbst zur Zielscheibe. Im Extremfall im wahrsten Sinne des Wortes. Das darf nicht sein.

Die Haltung unserer CDU-Fraktion zu unseren Helfern ist klipp und klar: „Es ist unakzeptabel, dass unsere Polizisten mit tätlichen Angriffen konfrontiert sind. Wir begegnen der Gewalt gegen unsere Sicherheitskräfte deutlich und eindeutig. In Worten und Taten. Weil wir die unterstützen, die uns schützen“, sagt Gerrit Kringel, Fraktionsvorsitzender der CDU Neukölln.

Mit Blick in die Zukunft gehören dazu mehr Polizisten und eine bessere Ausstattung. So sagen wir Ja zu mehr Personal, das für unsere Sicherheit sorgt. Ebenso sagen wir Ja zu mehr Sicherheit für eben diese Kräfte. Für ihre Arbeit brauchen sie eine gute materielle Ausstattung.

Rückblickend dürfen wir nicht vergessen, wo unsere Rechtsstaatlichkeit überlaster Gewalt



Die CDU-Fraktion Neukölln will Gedenkorte für die beiden im Bezirk getöteten Polizisten schaffen.

ausgesetzt war. Wo unsere Beschützer im Einsatz gegen Verbrechen mit dem höchsten Preis – ihrem Leben – bezahlen mussten. Geschehen mitten in unserem Neukölln. Dies ist der Fall bei Hauptkommissar Uwe Lieschied und dem SEK-Beamten Roland Krüger. Beide Polizisten sind im Dienst so schwer verletzt worden, dass sie daran starben. Deshalb fordern wir die Ehrung

der beiden Polizisten durch die jeweilige Benennung einer Straße bzw. eines Platzes nach den Beamten. Wir wissen: Dies macht diese beiden couragierten, verdienstvollen Menschen nicht wieder lebendig. Eine solche Ehrung ist jedoch ein Mindestmaß an Symbolkraft, die wir in Anerkennung und Erinnerung aussprechen können – auch als Wertschätzung an alle Polizeibeamten und Kollegen, die zur Sicherung unserer gemeinschaftlichen Ordnung und Werte tagtäglich ihren Kopf hinhalten.

Hauptkommissar Uwe Lieschied wurde am 17. März 2006 von dem arbeitslosen Mehmet E. in der Fontanestraße in den Kopf geschossen. Der SEK-Beamte Roland Krüger kam am 23. April 2003 bei einer Festnahme in der Kienitzer Straße im Rollbergviertel ums Leben. Er starb im Kampf gegen das Organisierte Verbrechen.

Im Gedenken an beide getöteten Polizisten haben wir in unserem Neuköllner Bezirksparlament entsprechende Anträge eingebracht. Sie tragen die Drucksachen-Nummern 0912/XX und 0911/XX. Denn wir wollen, dass wir die achten und ehren, die uns schützen.

Streit um Schnüffelbroschüre: Linke Stiftung verklagt CDU-Stadtrat!

Die Amadeu Antonio Stiftung verklagt CDU-Stadtrat Falko Liecke als Vertreter des Bezirksamts Neukölln, weil er von der Nutzung der umstrittenen Broschüre „Ene, mene, muh“ abgeraten hat. Der Vorwurf: Seine Pressemitteilung und die Empfehlung an alle Kitas in Neukölln, die Broschüre nicht zu verwenden, hätten das Sachlichkeitsgebot verletzt. Die Stiftung will damit die Verbreitung der Pressemitteilung verhindern und fordert ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 250.000 Euro, sollte Liecke die Broschüre weiterhin kritisieren.

Der von der Stiftung beauftragte Rechtsanwalt schildert auf etlichen Seiten, wie die Broschüre eigentlich gemeint sei. Es ginge nicht um Zöpfe, ist der Tenor. Und das ist absolut richtig! Es kann bei der Beurteilung einer Gefährdung des Kindeswohls weder um Zöpfe, noch um

Bekleidung, noch um die Neigung zur Handarbeit oder ein subjektiv empfundenes Übermaß an Disziplin gehen.

All diese Merkmale werden den im Fallbeispiel gegenständlichen Kindern aber zugeschrieben. Erst später kommt der Hinweis, dass die Eltern einer rechtsextremen Kameradschaft angehörten und sich andere Eltern darüber sorgen. Der gesamte erste Absatz des Fallbeispiels beschäftigt sich also mit Dingen, die für die Beurteilung der Gefährdungslage vollkommen unerheblich sind.

Die Broschüre bewirkt genau das, was sie vorgibt, verhindern zu wollen. Sie schürt Vorurteile. Eine vergleichbare Broschüre, die sich mit den Gefahren des islamistischen Terrors oder religiöser Indoktrination auseinandersetzt und sich zunächst über äußerliche Merkmale von

betroffenen Kindern wie die Kleidungswahl, Hautfarbe oder kulturelle Bräuche ausließe, würde sich zu Recht den Vorwürfen des Rassismus oder der Islamophobie ausgesetzt sehen.

Beides – das Fallbeispiel in der Broschüre als auch eine durch Übertragung des Argumentationsmusters entstehende fiktive Broschüre – ist für die pädagogische Arbeit in der Kindertagesbetreuung in unserem Neukölln ungeeignet.

Die harte und oft unsachliche Kritik von Links wird an der klaren Haltung der CDU nichts ändern. Denn neben mehreren Bundestagsabgeordneten und Ministern haben sich auch Theologen und der ehemalige Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky der Kritik an der Broschüre angeschlossen. Die Amadeu-Antonio-Stiftung muss sich fragen, ob sie auch in Zukunft mit Steuergeldern Vorurteile bedienen will.

INTERVIEW MIT FALKO LIECKE

„Es geht nicht um Zöpfe“

Falko Liecke ist stellvertretender Bürgermeister und als Stadtrat für das Jugendamt und das Gesundheitsamt zuständig. Seit 20 Jahren trägt er politische Verantwortung für unser Neukölln. Vor kurzem wurde er als Vertreter des Bezirksamtes Neukölln von der Amadeu-Antonio-Stiftung verklagt.

Herr Liecke, worum geht es in dem Rechtsstreit?

Die überwiegend aus Steuermitteln finanzierte Amadeu-Antonio-Stiftung ist der Auffassung, dass ich als Jugendstadtrat keine Kritik an ihrer Broschüre „Ene, mene, muh“ üben darf. Die Stiftung will mir das unter Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 250.000 Euro verbieten lassen.

Wie lautet denn Ihre Kritik an dieser Broschüre?

Die Broschüre gibt vor, Vorurteile bekämpfen zu wollen. Sie bewirkt aber genau das Gegenteil. In einem Beispiel werden die blonden Zöpfe und der Rock eines Mädchens als Hinweis auf ein rechtsextremistisches Elternhaus beschrieben. Ebenfalls verdächtig wird darin ein Junge, der keine Disziplinprobleme hat und sportlich ist.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung sagt, darum ginge es aber gar nicht. Ja genau.

Es geht nicht um Zöpfe. Darum kann es auch nicht gehen. Aber warum wird das dann so ausführlich beschrieben? Eine vergleichbare Broschüre, die sich mit den Gefahren des islamistischen Terrors oder religiöser Indoktrination auseinandersetzt und sich zunächst über äußerliche Merkmale von betroffenen Kindern wie die Kleidungswahl, Hautfarbe oder kulturelle Bräuche ausließ, würde sich zu Recht den Vorwürfen des Rassismus oder der Islamophobie ausgesetzt sehen. Und weil es hier um blonde Zöpfe geht, ist das auf einmal in Ordnung? Ich finde, beides hat in unseren Kitas nichts zu suchen.

Es gibt ja durchaus auch noch weitere umstrittene Passagen in der Broschüre. Die Stiftung wirft Ihnen nun vor, unsachlich zu kritisieren. Auch der Bezirksbürgermeister der SPD findet die Broschüre toll. Wie kann man zu solch

unterschiedlichen Auffassungen kommen? Ich habe mir meine Kritik nicht einfach gemacht, weil mir ja klar war, dass diese Stiftung sehr umtriebig ist, wenn es um die eigenen Interessen geht. Aber davon kann ich mein Handeln als zuständiger Stadtrat ja nicht abhängig machen. Ich habe mich sehr ausführlich mit der Broschüre auseinandergesetzt und vor allem geschaut, welche Alternativen es gibt. Und siehe da: Das Berliner Bildungsprogramm gibt unseren Fachkräften an den Kitas alles an die Hand, was sie



Gesicht zeigen gegen die bewusste Spaltung unserer Gesellschaft: Genau deshalb rät Jugendstadtrat Falko Liecke von der Nutzung der „Ene, mene, muh“-Broschüre ab.

brauchen. Ohne Vorurteile und Stigmatisierungen. Das ist es doch, was auch andere Kritiker antreibt.

Mit Ihrer Kritik stehen Sie also nicht alleine?

Neben zahlreichen Bundestagsabgeordneten, Berliner Landespolitikern, Theologen und Publizisten haben auch der sächsische Kultusminister, die bayerische Familienministerin und der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes die Broschüre kritisiert. Übrigens auch der ehemalige

Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky, der offensichtlich zu einem anderen Ergebnis als sein Amtsnachfolger gekommen ist.

Gibt es denn in Neukölln überhaupt Probleme mit völkischen Elternhäusern in Kitas?

Wir haben in Neukölln alle Formen des Extremismus. Wir haben Linksextremisten, die erfolgreich zivilgesellschaftliche Bündnisse unterwandern und handfeste Gewalt auf den Straßen ausüben. Wir haben Rechtsextremisten, die mutmaßlich Autos anzünden und Neuköllnerinnen und Neuköllner einschüchtern. Und wir haben Islamisten, die Hetzpredigten gegen Juden und Frauen halten.

Aber nicht alle Demokratiefeinde zeigen sich so offen. Wir haben im Alltag viel mehr Probleme mit Zwangsheirat, dem Zwang zum Kopftuch und der völligen Verachtung unserer Gesellschaft durch kriminelle Großfamilien. Völkische Eltern, wie sie die Broschüre beschreibt, haben wir jedenfalls in den städtischen Kitas bisher noch nicht beobachtet.

So oder so müssen wir wachsam sein und uns für Demokratie und Toleranz aber auch für die Einhaltung unserer Werte einsetzen. Gleichberechtigung, Gewaltmonopol des Staates, Religionsfreiheit – all das werden wir nur gegen die Extremisten aus allen Richtungen bewahren können. Da ist einseitige Stimmungsmache vollkommen überflüssig.

Zum Abschluss: Wie schätzen Sie Ihre Erfolgschancen im Gerichtsverfahren ein?

Die Argumente der Gegenseite klingen mir bisher wenig schlüssig, oft bestehen sie aus Polemik und sind unsachlich. Ich gehe daher schon davon aus, dass ich mich so äußern durfte. Aber es gilt: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand.

Grundwasser-Notlage im Blumenviertel

Lösung für Nässe-Problem längst nicht in trockenen Tüchern

Wasser findet immer seinen Weg. Lösungen leider nicht. Und so schwellt der Streit um das hohe Grundwasser im Neuköllner Blumenviertel ebenso stetig an wie die Nässe ungehindert weiter in Keller und Hauswände dringt. Darüber können auch die wiederholten Info-Veranstaltungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) rund um die Grundwasser-Notlage im Blumenviertel nicht hinwegtäuschen.

Ins Leben gerufen hat der Senat diese Themen-Abende im Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz, um mit den persönlich geladenen Anwohnern Lösungen für deren steigendes Grundwasser-Problem zu finden. Die Brunnenhebe-Anlage im Glockenblumenweg wird nämlich nur noch bis Ende Dezember 2021 in Betrieb sein.

So viel zur Theorie. In der Praxis entpuppen sich die Veranstaltungen als Werbemaßnahme des Senats für seine favorisierte Vereinsgründung. Darin sieht die Verwaltung den einzig wahren Weg, um das Nässe-Problem im Pilotgebiet Blumenviertel in trockene Tücher zu bekommen. So schwebt dem Senat vor, dass ein solch zu gründender Verein künftig privatrechtlich für den Bau und Betrieb einer neuen gemeinschaftlichen Brunnenhebe-Anlage verantwortlich sein soll.

Eine Idee, die der Verein Siedlungsverträgliches Grundwasser Berlin e.V., kurz SVG, skeptisch gegenüber steht. Zusammen mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten und SVG-Vorsitzenden Christina Schwarzer kämpft



Medienvertreter aller Sparten haben sich die nassen Tatsachen bereits von Olaf Schenk (r.), stellv. Vorsitzender des Vereins Siedlungsverträgliches Grundwasser Berlin e.V., zeigen lassen.

Vize-Vorstand Olaf Schenk für die Interessen der vom steigenden Grundwasser betroffenen Bürger aus ganz Berlin. Von den Vorstellungen des Senats, die gesamte Grundwasser-Last in die Hände der Eigentümer vor Ort übergeben zu wollen, hält er wenig: „Es kann nicht angehen, dass der Senat betroffene Anwohner in einen Verein zwingen will, um über die jährlichen Beiträge sämtliche Bau- und Betriebskosten für die Berliner Wasserbetriebe wieder herein gespült und jegliche Haftungsrisiken herausgefiltert zu wissen“, sagt Schenk. „Ein Verein ist kein Allheilmittel für das Grundwasser-Problem. Eher Mittel zum Zweck für den Senat, sich so strapazenlos wie möglich eines wachsenden Problems innerhalb seiner städtischen Verantwortungsverantwortung zu entledigen“, so Schenk.

Ansichten, die der Neuköllner CDU-Fraktionsvorsitzende Gerrit Kringsel teilt: „Dieser Senat handelt wie ein Fass ohne Boden. Bei einer Zahl von 4.000 betroffenen Grundstücksbesitzern allein in unserem Bezirk hilft kein Verein. Vielmehr braucht es ein stadtweites Grundwassermanagement. Denn andere Berliner Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf sind ebenfalls von steigendem Grundwasser gebeutelt.“

Doch davon will der Senat nichts wissen. Er wolle den Betrieb der Brunnenhebe-Anlage nicht als sogenanntes „öffentliches Interesse“ anerkennen. Darauf wiederum werden sich weder der SVG-Verein noch die CDU-Fraktion Neukölln einlassen.

Neukölln baut für Kinder und Jugendliche

Knapp drei Millionen Euro. Fast zwei Jahre Bauzeit. Bald bekommen die Kinder und Jugendlichen in der Köllnischen Heide ein neues Kinderclubhaus. Die Abrissarbeiten des alten Hauses begannen im Juni 2017. Seit dem 15. Oktober 2017 wird hier fleißig gebaut. Am 15. Mai wird Jugendstadtrat Falko Liecke zusammen mit den Fördergebern aus Bund und Land das neue Haus eröffnen.

Der Name wird dann jedoch ein anderer sein. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen sucht das Bezirksamt Neukölln einen neuen Namen für das alte Kinderclubhaus Dammweg. Und nicht nur im Norden unseres Neuköllns wird in Kinder investiert. Nachdem bereits das Kinderclubhaus Zwicke am Zwickauer Damm komplett saniert wurde, ist nun auch das NW80 im Neudecker Weg an der Reihe. Jeder Euro ist dort genau richtig aufgehoben.



Zum Greifen nah sind die neue Kinder-(T-)Räume, die Jugendstadtrat Falko Liecke im Mai 2019 eröffnet.

Hospizbau in Rudow: Spenden für Leuchtturmprojekt gebraucht



Unterstützung gesucht: Für den Aufbau des Tageshospizes im Rudower Orchideenweg müssen Spenden in Höhe von mindestens 500.000 Euro zusammenkommen. Quelle: Ricam Hospiz Stiftung

Drei von vier Deutschen wünschen sich im Falle schwerer Krankheit bis zuletzt zu Hause zu leben und auch dort zu sterben. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Noch immer stirbt jeder Zweite im Krankenhaus. Bis heute ist es in Deutschland bislang nicht gelungen, die häusliche Begleitung für die überwiegende Zahl sterbenskranker Menschen zur Regel werden zu lassen.

Deshalb baut die Ricam Hospiz Stiftung mit Hilfe von Spenden ein Hospizzentrum in Berlin-Rudow. Seit dem letzten Jahr ist die Baustelle im Rudower Blumenviertel nicht zu übersehen. Hauptangebot des künftigen Zentrums bildet ein teilstationäres Hospiz, auch Tageshospiz genannt. Ziel ist es, die Lebensqualität schwerkranker Menschen zu verbessern, um sie darin zu unterstützen zu Hause zu leben – bis zuletzt.

Seit der Grundsteinlegung am 1. November 2018 ist dank des warmen Winters viel passiert auf der Baustelle im Orchideenweg 77. Mittlerweile steht das Erdgeschoss. Im Mai wird Richtfest gefeiert und im letzten Quartal ist die Eröffnung geplant.

Der Hospizbau ist auf Spenden angewiesen. Das Bauvolumen beträgt 2,7 Millionen Euro. Anlässlich der Berliner Hospizgala überreichte Falko Liecke, Stadtrat für Jugend und Gesundheit, im vergangenen November der Stiftung einen Spendenscheck in Höhe von 53.977 Euro. Das Geld stammt aus dem Vermögen zweier aufgelöster Stiftungen des Bezirksamtes.

CDU-Fraktion gegen Erschließungsbeiträge und Kosten für Anlieger



Nicht mit der CDU Neukölln: Selbst wenn Siedlungsstraßen erst Jahrzehnte später fertiggebaut werden, können die Kosten dieses formalen Endausbaus auf die Anwohner umgelegt werden.

Hausbesitzer in Neukölln sollen nach dem Willen der CDU-Fraktion vor Ort im Bezirk nicht nachträglich für den Ausbau von inzwischen jahrzehntealten Straßen zur Kasse gebeten werden können. Denn genau damit müssen die Bewohner maroder Straßen in Rudow rechnen. Wenn deren Straßen in Altsiedlungsgebieten demnächst ausgebaut oder befestigt werden, können die Kosten per Gesetz teilweise auf die Grundstücksbesitzer umgelegt werden.

Dahinter stecken Erschließungsbeiträge für Siedlungsstraßen nach dem Berliner Erschließungsbeitragsgesetz (EBG). Die Krux dabei: Auch wenn Siedlungsstraßen schon teilweise fertiggestellt wurden, kann der Endausbau noch Kosten für Hausbesitzer verursachen.

Konkret betrifft dies Bewohner im Ascherslebener Weg, Eichenauer Weg, Lößnitzer Weg, Meißner Weg, der Waßmannsdorfer Chaussee sowie der Groß-Ziethener Chaussee. Dies geht aus dem Entwurf der bezirklichen Investitionsplanung für die Jahre 2019 bis 2023 hervor. Dessen Inhalt beschäftigt die Ausschüsse im Neuköllner Bezirksparlament intensiv. Die erwähnten Straßen befinden sich darin als angemeldete Maßnahmen.

So richtig und wichtig die CDU-Fraktion Neukölln jede einzelne der sechs Straßenausbaumaßnahmen findet, so falsch hält sie die Mehrbelastung von Grundstückseigentümern durch die dadurch drohenden Erschließungsbeiträge. „Wir wollen die Anwohner alter Siedlungsstraßen vor hohen Erschließungskosten schützen. Wenn eine Straße oder ein Weg erstmalig gebaut werden, können wir gut mit einer Umlegung der Beträge auf die Anlieger leben. Nicht aber damit, dass durch notwendige Straßensanierungen für marode Straßen, die vor grauer Zeit erschlossen wurden, eine Kostenlawine auf die Grundeigentümer zurollt“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Gerrit Kringsel.

Näheres zur Anmeldung des Bezirks Neukölln zum Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 finden Sie unter der Drucksachennummer 1089/XX bzw. folgendem Link: <https://bit.ly/2TPQIdM>

**DIE NEUKÖLLNER RICAM HOSPIZ STIFTUNG BITTET WEITER
UM SPENDEN FÜR DEN HOSPIZBAU**

SPENDENKONTO: IBAN DE20 4306 0967 1134 1134 00
STICHWORT: TAGESHOSPIZ

Günstigeres Schwimmen für Senioren



Bahn frei: Die CDU-Fraktion hinter Gerrit Kringel (r.) will, dass Senioren alsbald auf einer günstigeren Welle schwimmen.

Splish! Splash! Badespaß. Den sollen auch unsere Senioren und Schwerbehinderte haben. Damit sie öfter ins belebende Nass hüpfen können, schrauben wir am Preissystem der Bäderbetriebe. Denn wir wollen, dass Senioren ab dem 63. Lebensjahr und Menschen mit Behinderung auch zur Hauptzeit günstiger baden.

Auf dieser Welle schwimmt erfreulicherweise eine breite Mehrheit in unserem Neuköllner Bezirksparlament mit. Fraktionsübergreifend haben die Bezirksverordneten unserem Antrag „Preissystem der Berliner Bäderbetriebe“ zugestimmt. Nun ist das Bezirksamt gefragt. Es muss sich darum kümmern, dass der Beschluss auf Länderebene nicht ins Wasser fällt. Bisher baden nur Schüler, Studenten, Azubis und Menschen, die Sozialhilfe, Grundsicherung oder Hartz IV beziehen, zum ermäßigten Tarif. Sobald unsere Aufforderung aus der Bezirksverordnetenversammlung umgesetzt ist, kann es dann auch für Senioren und Schwerbehinderte noch öfter heißen: Pack(t) die Badehose ein!

Neuköllner Babylotsen erobern Berlin



Seit Jahren arbeitet Gesundheitsstadtrat Falko Liecke darauf hin. In das Positionspapier der CDU Berlin zur Gesundheitspolitik wurde es schon aufgenommen. 2018 konnte die CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus auch die anderen Parteien überzeugen.

Ab 2019 werden an allen Berliner Geburtskliniken Babylotsen im Einsatz sein. Sie bieten Familien direkt nach der Geburt ihrer Kinder Unterstützung an. Sie sind die früheste Hilfe, die unsere Stadt jungen Familien geben kann. In Neukölln wurden die Babylotsen auf Initiative von Gesundheitsstadtrat Falko Liecke bereits seit 2014 finanziert. Dass jetzt alle Berliner Familien davon profitieren können, ist das Ergebnis vieler Gespräche und harter Arbeit. Neben Falko Liecke haben sich vor allem das Vivantes Klinikum Neukölln und die Charité dafür eingesetzt.

*Glück von Anfang an:
Mit Babylotsen an der Seite.
Quelle: pixabay*

Kein Nettoverlust an Grünflächen

Die Schönheit der Natur liegt vor der Haustür. Auch in unseren Kiezen. Immer öfter allerdings ist unsere nahe Umwelt bedroht. Denn mehr und mehr Menschen zieht es in unser Neukölln. Bauland wird dringend gesucht.

Doch schon jetzt gibt es bei uns keine Flächen mehr, die sich eignen, um Neubauten zu kompensieren. Hierzu sind Bauherren laut Bundesnaturschutzgesetz verpflichtet. Mit solchen Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen sollen erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vermieden und unvermeidbare Beeinträchtigungen ausgeglichen werden. Wir müssen also ganz genau abwägen, wie und wo wir bauen.

Diesen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt wird unser Stadtrat Bernward Eberenz von der CDU gerecht. Der Dezernent hat im Blick, wo es Berührungspunkte zwischen Bauen und Naturschutz gibt.

Er steht dafür, dass es ab sofort bei allen Bauvorhaben im dicht besiedelten Nord-Neukölln zu keinem Nettoverlust an Grün- und Freiflächen mehr kommt. Unsere Fraktion trägt sein Vorhaben natürlich mit. Immer dann, wenn Quartiere neu entstehen, wollen wir landesweit eine Untergrenze von sechs Quadratmeter Grünfläche pro Einwohner unweit der eigenen oder gemieteten vier Wände sichern. Überall dort, wo diese definierte Untergrenze bereits erreicht oder unterschritten ist, soll kein weiterer Nettoverlust von Grünflächen mehr zugelassen werden. Schließlich tun ausreichend Hecken, Wiesen und Bäume nicht nur der biologischen Vielfalt gut. Grüne Infrastruktur tut vor allem uns Menschen gut.



Neubau und Natur müssen im Einklang stehen.

NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Haben Sie Anregungen, Fragen oder wollen Sie einfach Ihre Meinung zu einem Thema äußern? Rufen Sie uns unter 030/902393543 an oder kontaktieren Sie uns per E-Mail: info@cdu-fraktion-neukoelln.de



IMPRESSUM

CDU Fraktion Neukölln
Gerrit Kringel (V.i.S.d.P.)
Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

Tel.: 030 - 90239 3543
Fax: 030 - 90239 2713

www.cdu-fraktion-neukoelln.de
info@cdu-fraktion-neukoelln.de